Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

vor zwei Jahren habe ich mich das erste Mal für den CDU-Kreisvorsitz beworben. Der damalige Kreisparteitag fand wenige Tage nach dem Platzen der Ampel-Koalition statt. Wir waren gefordert innerhalb kürzester Zeit einen Bundestagswahlkampf auf die Beine zu stellen – und wir haben gewonnen. Mit 37,7 % der Erststimmen hat Andi Jung diesen Wahlkreis mit einem hervorragenden Ergebnis gewonnen. Und das, trotz schwieriger Bedingungen.

Das zeigt: Wenn wir als CDU geschlossen auftreten, wenn wir klare Positionen vertreten und wenn wir vor Ort präsent sind, dann können wir die Menschen überzeugen.

Ein Wahlkampf darf hart sein. Politische Auseinandersetzungen gehören zur Demokratie. Aber bei allen Unterschieden müssen wir uns fragen, welche Maßstäbe gelten.

Wenn ich zum Beispiel an die fragwürdige Aktion im zurückliegenden Bundestagswahlkampf denke, eine Mahnwache vor Deinem Wahlkreisbüro zu organisieren. Besonders widersprüchlich ist das, weil diese politischen Kräfte laut über Verantwortung und Erinnerungskultur sprechen – bei unserer jährlichen Gedenkveranstaltung am 27. Januar zum Gedenken an die Opfer des Holocausts aber nicht präsent sind. Und gleichzeitig machen sich diese politischen Kräfte mit einer zutiefst

antisemitischen Linkspartei in Berlin auf – in der Stadt, in der der Holocaust geplant wurde. Und wenn selbst in Konstanz Mitglieder aus der Linken austreten, weil sie eine zu große Nähe ihrer Partei zu antisemitischen Resentiments sehen – dann ist das kein „Berliner Sonderfall“. Diese Partei gehört nicht rein in eine Koalition - sie gehört rein in den Verfassungsschutzbericht und raus aus den Parlamenten. Deshalb sage ich an die Adresse von SPD und Grünen: Nie wieder ist jetzt – lasst diesen Worten endlich Taten folgen!

Lasst den Worten endlich Taten folgen – das gilt auch für die Bundesregierung. Wir als CDU haben hohe Erwartungen im Bundestagswahlkampf gesetzt – diese müssen erfüllt werden. Die Menschen erwarten keine neuen Ankündigungen und keine endlosen Diskussionen, wann endlich etwas passiert. Sie erwarten Ergebnisse – zurecht.

Rente, Gesundheit, Pflege und Steuern. Ein Absenken der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum. Das waren die Versprechen im Bundestagswahlkampf und das sind die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag mit der SPD. Die CDU ist mit der Zustimmung zum 500 Milliarden € Sondervermögen im letzten Jahr einen hohen Kredit eingegangen – auch mit Blick auf die eigene Glaubwürdigkeit.

Umso weniger kann man erklären, dass trotzdem kein Geld für dringend notwendige Entlastungen da sei und man stattdessen über höhere Steuern und Abgaben diskutiert. Ja, die finanziellen Herausforderungen sind groß. Aber gerade deshalb müssen wir Prioritäten setzen. Die Bundesregierung muss die notwendigen Mittel für die Senkung der Stromsteuer finden. Wer Entlastung verspricht, muss Entlastung liefern!

Das gilt auch beim Thema Rente: Es braucht nicht ständig neue Grundsatzdebatten, wenn bereits tragfähige Kompromisse auf dem Tisch liegen. Die Einigung der Rentenkommission ist ein Kompromiss – zwischen CDU und SPD, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und weiteren Beteiligten. Es können nicht bei jeder Gelegenheit Reformen gefordert werden – sich dann aber zufriedengeben mit dem Hinweis, dass es eben schwierig sei. Was vereinbart wird, muss umgesetzt werden.

Und wenn darauf gedrängt wird, dass das Bundesarbeitsministerium die vereinbarten Gesetzesvorhaben liefern muss, dann ist das kein unmenschlicher Angriff auf eine Person. Dann sind damit in erster Linie die 1.400 Mitarbeiter des Bundesministeriums und die fünf Staatssekretäre gemeint. Und bevor die SPD mit Fingern auf andere zeigt und einen schlechten Umgang rügt, dann aber

keinerlei konkretes Beispiel für einen solchen Umgang aus der CDU heraus nennen kann, sollte die SPD erstmal vor der eigenen Haustür kehren. In Nordrhein-Westfalen hat die SPD eine Untersuchungsausschuss gegen die krebskranke Landesministerin Ina Scharrenbach angestrengt – wo ist der Aufschrei von Frau Schwesig aus MV?!

Und wenn ich schon bei der SPD bin, dann möchte ich noch eines sagen. Die SPD zerschießt seit Jahren in einer beachtenswerten Regelmäßigkeit ihre Parteivorsitzenden. Verbessert hat das die Lage der SPD nicht. Ich bin daher nicht davon überzeugt, dass ein Austausch des Spitzenpersonals automatisch zu einer Verbesserung unserer Lage führt. Ich wiederhole mich, wenn ich sage: Rente, Gesundheit, Pflege und Steuern – hier muss geliefert werden!

Aber was ist die große Erzählung unserer CDU? Was ist das Thema, für das wir in dieser Zeit stehen?

Für mich ist es Freiheit und Sicherheit.

Ich bin 29 Jahre alt und ich gehöre zu einem der ersten Jahrgänge, die keinen Wehrdienst mehr leisten mussten. Jetzt kann jeder selbst bewerten, ob mir das geschadet hat oder nicht. Aber im Ernst: Die Vorstellung, wir könnten unsere Freiheit dauerhaft genießen, ohne

selbst Verantwortung für ihre Verteidigung zu übernehmen, war ein Trugschluss. Der Krieg in der Ukraine führt uns das jeden Tag vor Augen. Und auch die Bedrohungen, mit denen wir in Deutschland konfrontiert sind, zeigen, dass Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist. Wenn Sicherheitsbehörden Hinweise auf russische Aktivitäten gegen kritische Infrastruktur oder Bundeswehrstandorte vorlegen, dann dürfen wir das nicht einfach ignorieren.

Wir dürfen nicht jeden, der Fragen stellt oder Zweifel äußert, pauschal als Putin-Versteher abstempeln. Eine solche Ausgrenzung hat uns schon während der Corona-Pandemie nicht weitergebracht. Aber Offenheit für Sorgen bedeutet nicht, dass wir unsere Überzeugungen aufgeben. Als CDU sind wir eine Rechtsstaatspartei. Wir vertrauen unseren demokratischen Institutionen und erwarten, dass Hinweise auf Bedrohungen sorgfältig geprüft und dann bewertet werden.

Aus dieser Überzeugung heraus haben wir als Kreisverband bereits 2019 gemeinsam mit der Jungen Union einen Antrag zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht beschlossen und bis zum Bundesparteitag gebracht. Heute ist die allgemeine Dienstpflicht Beschlusslage der CDU Deutschlands. Jetzt müssen wir endlich den nächsten Schritt gehen. Wir dürfen nicht beim Reden stehen bleiben. Wir müssen klären, wie junge Menschen einen konkreten Beitrag für unser Land leisten können – bei der Bundeswehr, im

Bevölkerungsschutz, im sozialen Bereich oder in anderen wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben. Denn Freiheit lebt nicht allein von Rechten. Freiheit lebt auch von Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Und Freiheit lebt davon, sie zu schützen.

Das habe ich bei meinen Reisen in die Ukraine im letzten und in diesem Jahr persönlich erlebt.

Als Stadtrat in Konstanz habe ich mich für die Gründung einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Berdytschiw eingesetzt. Im letzten Jahr und in diesem Jahr war ich Teil einer Konstanzer Delegation, die diese Stadt besucht hat. Wir waren eingeladen zum Europafest – eine Veranstaltung, bei der deutlich wird, wie sehr sich viele Menschen in der Ukraine eine Zukunft in Europa wünschen.

Dort haben wir Menschen kennengelernt, für die dieser Krieg keine abstrakte politische Debatte ist. Jeder kennt jemanden, der an der Ostfront kämpft. Jeder hat Angst um Angehörige. Jeder muss mit der Möglichkeit leben, dass ein geliebter Mensch nicht zurückkehrt. Besonders bewegt hat mich die Schilderung der Frau des Bürgermeisters. Ihr Sohn kämpft an der Ostfront, ihr Bruder befindet sich in russischer Kriegsgefangenschaft.

Wenn man solchen Menschen gegenübersitzt, dann verändern sich die eigenen Maßstäbe. Dann werden die Themen, über die wir bei uns vor Ort manchmal heftig diskutieren – Fahrradparkhäuser, Parkgebühren und

viele andere kommunalpolitische Fragen – nicht unwichtig. Aber sie bekommen eine andere Perspektive.

Man erkennt, wie wertvoll es ist, in Frieden und Freiheit zu leben. Und man erkennt, dass Europa nicht nur eine politische Idee ist, sondern für Menschen ganz konkret Sicherheit, Hoffnung und Zukunft bedeutet.

Umso deutlicher müssen wir uns mit politischen Kräften auseinandersetzen, die diese Zusammenhänge verkennen oder verharmlosen.

Die AfD inszeniert sich gerne als Partei, die ausschließlich die Interessen Deutschlands vertritt. Gleichzeitig erleben wir Positionen, die sich auffällig häufig an russischen Interessen orientieren. Auch der von AfD und BSW in Sachsen-Anhalt eingebrachte Antrag mit seiner russlandfreundlichen Ausrichtung zeigt, welche politischen Prioritäten dort gesetzt werden.

Diese Themen müssen auf den Tisch und zur Sprache gebracht werden. Was aus meiner Sicht falsch ist: Wenn eine gewählte Landtagsfraktion bei der Wahl eines Ministerpräsidenten den Plenarsaal verlassen will.

Lieber Christoph, du hast mal erzählt, wie besonders der Moment für dich war, als du das erste Mal im Plenarsaal des baden-württembergischen Landtags standst. Und ich glaube, wir alle als Demokraten können das gut nachvollziehen.

Ein Parlament ist kein beliebiger Raum. Es ist der Ort, an dem unsere Demokratie lebt. Wer sich um ein

Mandat bewirbt, übernimmt Verantwortung für dieses Parlament und für die Menschen, die ihn gewählt haben. Verantwortung, sich der Auseinandersetzung zu stellen und dort zu bleiben, wo Entscheidungen getroffen werden. Wer den Saal verlässt, der kann draußen bleiben.

Und auch bei uns im Landkreis müssen wir genau hinschauen, wer tatsächlich Sachpolitik betreibt. Nehmen wir den Klinikneubau in Singen: Wer von Ihnen hat dazu schon einmal eine substanzielle Position des AfD-Landtagsabgeordneten wahrgenommen, der in der vergangenen Legislaturperiode gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion war?

Ich habe ihn auf ein paar Veranstaltungen gesehen. Und die größte Interaktion von ihm war nicht mit den Themen oder Menschen, sondern mit dem Buffet.

Das mag zugespitzt klingen. Aber es führt zu einem entscheidenen Punkt: **Wer die Menschen überzeugen will, muss sich mit ihren Problemen beschäftigen – nicht nur mit den Schlagzeilen.**

Genau das ist unser Auftrag als CDU im Landkreis Konstanz.

Lieber Andi,

Deine Verlässlichkeit, Deine Ausgeglichenheit und Deine politische Erfahrung haben Dir parteiübergreifend Anerkennung eingebracht.

Wir sind deshalb überzeugt, dass Du eine hervorragende Besetzung für das Amt des baden-württembergischen Kultusministers bist. Du bringst den Blick von außen, politische Erfahrung aus 20 Jahren Bundespolitik und die Fähigkeit mit, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen. Du hattest einen guten Start. Wir als Dein Kreisverband wünschen Dir für Deine neue Aufgabe viel Erfolg und die notwendige Portion Glück!

Gleichzeitig stehen wir vor einer neuen Herausforderung: Unser Landkreis hat keinen direkt gewählten CDU-Bundestagsabgeordneten mehr. Das heißt nicht, dass wir ohne politische Vertretung dastehen. Du kannst als Minister in Stuttgart weiterhin wichtige Impulse für unsere Region setzen. Und mit Christoph Stetter haben wir einen neu gewählten Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Singen. Lieber Christoph, herzlichen Glückwunsch noch einmal zu Deiner Wahl! Es ist schön zu sehen, mit welchem Einsatz Du Dich für unsere Region engagierst. Auch unsere Landtagskandidatin für den Wahlkreis Konstanz, liebe Andrea Gnann, hat einen engagierten Wahlkampf geführt. Du hast in den Gemeinden außerhalb der Stadt Konstanz die meisten Stimmen geholt. Dass es am Ende nicht für das Direktmandat gereicht hat, lag auch

am schwierigen landespolitischen Ergebnis. Du hast Dich hervorragend präsentiert und eine starke Arbeit geleistet, vielen Dank dafür!

Unser Anspruch für die Zukunft ist klar: **Bei der nächsten Bundestagswahl wollen wir diesen Wahlkreis wieder für die CDU gewinnen.** Dafür haben wir als Kreisvorstand gemeinsam mit den Ortsvorsitzenden bereits einen Fahrplan entwickelt. Wir wollen frühzeitig nominieren, damit unser Kandidat oder unsere Kandidatin ausreichend Zeit hat, im gesamten Wahlkreis präsent zu sein, Kontakte aufzubauen und Vertrauen zu gewinnen.

Aber wir müssen nicht bis zur nächsten Bundestagswahl warten, um etwas zu bewegen. Beim Thema Krankenhaus zum Beispiel haben wir eine klare Position: Wir stehen zur kommunalen Trägerschaft des Gesundheitsverbunds Landkreis Konstanz und wir bekennen uns zum Neubau des Krankenhauses in Singen. Mit den Schließungen der Krankenhäuser in Radolfzell, Engen und Stühlingen wurden bereits schmerzhafte Strukturentscheidungen getroffen. Diese Veränderungen dürfen nicht einfach ausgeblendet werden, wenn es jetzt um die Fördermittel für den Neubau geht. Einen entsprechenden Antrag bringen wir als Kreisvorstand heute ein.

Und genau solche Themen müssen wir als Kreisverband konsequent bearbeiten: konkret, sachlich und mit einem klaren Ziel.

Liebe Freundinnen und Freunde,

eine starke CDU braucht gute politische Positionen. Aber sie braucht auch eine Organisation, die funktioniert, Menschen zusammenbringt und vor Ort sichtbar ist. In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns organisatorisch neu aufgestellt.

Wir haben mit Heike Kempe eine neue Kreisgeschäftsführerin gewonnen. Liebe Heike, herzlichen Dank für Deine Arbeit, für die gute Zusammenarbeit und für unser persönliches Miteinander!

Wir haben eine neue Kreisgeschäftsstelle bezogen – und sind unserem Standort in Singen treu geblieben. Früher waren wir am Anfang der Ekkehardstraße, lange Zeit in der Ekkehardstraße 68 und jetzt in der Ekkehardstraße 80. Wer weiß: Vielleicht schaffen wir es irgendwann sogar auf den Kreisverkehr! Aber im Ernst: Unsere Geschäftsstelle ist größer, heller und moderner. Wir wollen dort ansprechbar sein, Veranstaltungen anbieten und unseren Vereinigungen Räume für ihre Arbeit zur Verfügung stellen.

Mit unseren Feierabendgesprächen haben wir dafür ein neues Format geschaffen. Zuletzt war im Juli Bernd Häusler zu Gast. Am 3. November folgt Landrat Zeno Danner.

Wir hatten einen gelungenen Neujahrsempfang mit Manuel Hagel und in diesem Jahr mit Wolfgang Bosbach.

Wir haben den Tag der Deutschen Einheit gefeiert – im vergangenen Jahr mit Volker Kauder als Festredner, in diesem Jahr mit einem politischen Frühschoppen.

Wir haben Einrichtungen und Institutionen in unserem Landkreis besucht, darunter den Südkurier in Konstanz und das Institut für Demoskopie in Allensbach. So konnten wir unseren Mitgliedern Einblicke ermöglichen und den Austausch mit Menschen außerhalb unserer eigenen politischen Blase fördern.

Wir haben einen CDU-Bezirksparteitag in Engen ausgerichtet, die Bundespolizei in Konstanz besucht, die Synagoge in Konstanz besichtigt und einen Sommerempfang mit Armin Laschet, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, veranstaltet.

Wir haben uns am 27. Januar mit unseren Gedenkveranstaltungen der Erinnerung an die Opfer des Holocausts gewidmet. Und wir haben am 24. August an Kundgebungen zum ukrainischen Nationalfeiertag teilgenommen.

Der Bundeskanzler war innerhalb dieser zwei Jahre zweimal bei uns im Landkreis – im

Bundestagswahlkampf 2025 und im Landtagswahlkampf 2026.

Und wir haben einen Landtagswahlkampf geführt, der uns nach zehn Jahren wieder einen direkt gewählten CDU-Landtagsabgeordneten gebracht hat.

Das alles ist nicht selbstverständlich. Das alles entsteht nicht von allein.

Ein Kreisverband lebt nicht von seinem Vorsitzenden. Er lebt von den Menschen, die sich einbringen, Verantwortung übernehmen und gemeinsam anpacken.

Deshalb gilt mein Dank dem gesamten Kreisvorstand, den Vereinigungen, den drei stellvertretenden Vorsitzenden, HP Lehmann und allen, die unsere Arbeit in den vergangenen zwei Jahren unterstützt haben.

Danke für Eure Zeit, Eure Ideen und Eure Bereitschaft, auch dann mit anzupacken, wenn es einmal anstrengend wird.

Ich kandidiere heute als Vorsitzender, weil ich überzeugt bin, dass wir als Kreisverband auf einem guten Weg sind – und weil ich diesen Weg mit Euch weitergehen möchte.

Ich will einen Kreisverband, der politisch klar auftritt und organisatorisch gut aufgestellt ist.

Einen Kreisverband, der seine Ortsverbände / Vereinigungen stärkt, neue Mitglieder gewinnt und jungen Menschen eine echte Perspektive bietet.

Einen Kreisverband, der seine Veranstaltungen nicht nur für sich selbst organisiert, sondern Menschen erreicht, die bisher vielleicht wenig Kontakt zur CDU hatten.

Einen Kreisverband, der sich mit den großen Fragen unserer Zeit beschäftigt und gleichzeitig die konkreten Probleme unserer Städte und Gemeinden ernst nimmt.

Und einen Kreisverband, der nicht nur dann sichtbar ist, wenn Wahlkampf ist.

Die Zeiten sind ernst. Die Herausforderungen sind groß. Aber mir macht diese Arbeit Freude.

Ich bin 29 Jahre alt und Richter am Amtsgericht in Singen. Ich weiß, dass Verantwortung bedeutet, Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie nicht immer einfach sind. Und ich weiß, dass Vertrauen nicht durch große Worte entsteht, sondern durch Verlässlichkeit, durch die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und durch gute Arbeit.

Genau diesen Anspruch habe ich an mich selbst und an unsere gemeinsame Arbeit.

Dafür bitte ich Euch heute um Eure Stimme.

Herzlichen Dank!